

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Susanne Kastner MdB zu den Äußerungen des Eduard Lintner: Deutschlandpolitische Kontinuität erforderlich.
Seite 1

Dr. Helmut Ritzer MdL zum widerspruchsvollen Umgang der Waigel-Partei mit der Forderung, den Umweltschutz im Grundgesetz zu verankern: Die CSU will einen Teil des Öko-Fells für sich retten.
Seite 2

Rudolf Dreßler MdB zum 65. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden: Dank für Zusammenarbeit an Ernst Breit.
Seite 3

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL zum Beschluß, den THTR in Hamm-Uentrop nicht mehr anfahren zu lassen: Erste Schritte zur Energiewende.
Seite 4

Dokumentation:

Wortlaut des DGB-Aufrufes zum Antikriegstag 1989: Nie wieder Krieg - für den Frieden arbeiten.
Seite 5

44. Jahrgang / 157

17. August 1989

Deutschlandpolitische Kontinuität erforderlich

Zu den Äußerungen des Eduard Lintner

Von Susanne Kastner MdB

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU, Eduard Lintner, hat gefordert, die Bundesregierung solle Kredite und finanzielle Vorteile für die DDR stoppen, bis die Ostberliner Regierung auf Reformkurs geht.

Wenn diese Äußerungen des Herrn Lintner schon aus Regierungskreisen als „Schwachsinn“ und „töricht“ bezeichnet werden, so kann ich mich dieser Bewertung nur anschließen. Herr Lintner sollte in Zukunft versuchen, erst nachzudenken, bevor er derartige Vorschläge macht.

Erklärtes Ziel aller bisherigen Bundesregierungen war es, die Folgen der Teilung Deutschlands und die damit verbundenen Nachteile für unsere Landsleute in der DDR, zu erleichtern. Familienzusammenführungen, der „Kleine Grenzverkehr“ und allgemeine Reiseerleichterungen sind bisher - leider - immer nur durch finanzielle Zugeständnisse an die Ostberliner Staatsführung erzielt worden. Dies ist zwar unbefriedigend, aber zur Zeit die einzige Möglichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern der DDR ein wenig zu helfen.

Wenn Herr Lintner hier den gemeinsamen Weg aller großen Parteien verlassen will und sich damit auch von der Politik seines politischen „Ziehvaters“ Franz Josef Strauß lossagt, der der SED-Führung höchstpersönlich Milliardenkredite verschaffte, dann handelt er nicht nur töricht, sondern naiv, denn er würde in der Konsequenz nur das Gegenteil erreichen.

Wer glaubt, mit solch einer Boykott-Politik die DDR-Führung auf Reformkurs zwingen zu können, der sollte sich einmal genauer mit dem Beispiel Rumäniens befassen. Politische, wirtschaftliche und humanitäre Verhältnisse, wie sie dort zur Zeit herrschen, kann sich wohl niemand noch einmal wünschen - schon gar nicht für unsere Landsleute in der DDR.
(-/17.8.1989/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Ferngestrichelter
und verworfen
Recycling-Papier



Die CSU will einen Teil des Öko-Felles für sich retten

Zum widerspruchsvollen Umgang der Waigel-Partei mit der Forderung,
den Umweltschutz im Grundgesetz zu verankern

Von Dr. Helmut Ritzer MdL
Umwelt-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Eigentlich ist es eine bodenlose Frechheit: ausgerechnet der Generalsekretär der CSU beschwört jüngst die Gemeinsamkeit der Demokraten und forderte die Sozialdemokraten auf, bei der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz mitzuwirken. Im gleichen Atemzug verweigert er sich aber den von der SPD geforderten Umweltabgaben, die von den Bürgern und der Wirtschaft mit durchaus großem Interesse diskutiert werden.

Herr Huber ist übrigens der Generalsekretär der gleichen CSU, die in Bayern nur mühsam und unter Androhung eines Volksbegehrens von der SPD zur Änderung der Bayerischen Verfassung zu Gunsten des Umweltschutzes gebracht werden konnte. Die sich zunächst gegen eine Grundgesetzänderung wehrte, bis schließlich doch im Landtag eine einstimmige entsprechende Forderung herauskam. Die so gerne vergessen machen möchte, daß sie schließlich Anteilseigner jener Bundesregierung ist, die die Grundgesetzänderung so lange verschleppte.

Der Ruf des CSU-Generals nach der Grundgesetzänderung ist der verzweifelte Versuch, einen Teil des Öko-Felles für sich zu retten. Der Vorschlag der Konservativen muß sich daran messen lassen, was er tatsächlich bringt. Ist es nämlich nur eine pauschale Übernahme der bereits bestehenden Umweltschutzbestimmungen, wie sie in den Gesetzen bereits festgehalten sind, dann ist dies den Sozialdemokraten zu wenig. Wir wollen schließlich, daß der Umweltschutz Staatszielbestimmung wird, daß dem Bürger ein persönliches Grundrecht auf unversehrte Umwelt und Schutz seiner Umwelt- und Lebensgrundlagen festgeschrieben wird.

Dann aber stellt sich die Frage, wer garantiert den Schutz dieser Umwelt, wer klagt das Recht von Natur, Pflanzen, Tieren, Arten ein, wer ist ihr Fürsprecher. Das von der SPD geforderte Verbandsklagerecht wird ja gerade von der CSU in Bausch und Bogen verdammt. Genauso wie jetzt die Vorschläge zu Umweltabgaben. Umweltschutz ist für die CSU eine politische Restgröße, die nur dann zum Tragen kommen darf, wenn keinerlei andere Interessen berührt sind.

Zu echten Konsequenzen zu Gunsten des Umweltschutzes hat die CSU sich bisher nicht bereithalten können. Deshalb ist bislang die Forderung des CSU-Generalsekretärs für uns nur als plakative Aktion ohne Bereitschaft zu den notwendigen Folgerungen zu verstehen. Wir ließen uns gerne vom Gegenteil überzeugen.

(-/17.8.1989/vo-he/rs)

Dank für Zusammenarbeit an Ernst Breit

Zum 65. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Lieber Ernst Breit,

zur Vollendung Deines 65. Lebensjahres gratuliere ich Dir auch im Namen der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen herzlich.

Du hast in den vergangenen gut sieben Jahren das große Schiff DGB mit Geschick durch teils recht unruhige Gewässer gesteuert. Beharrlichkeit, Engagement, die Fähigkeit, Kritik zu berücksichtigen sowie Ruhe und Gelassenheit waren Dir dabei sehr hilfreich.

In Deine Amtszeit fielen schwere Krisen, in denen Du Dich als Mann des Ausgleichs bewährt hast. Die Bewältigung der Situation um die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wäre wohl sonst kaum möglich gewesen. Gleiches gilt für die Erfolge in den Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung. Die große Solidarität der DGB-Gewerkschaften hat entscheidend dazu beigetragen. Ohne die vom DGB unter Deiner Führung geleistete Koordinationsarbeit wäre das nicht möglich gewesen.

Als besonnenen, kritischen und nachdenklichen Zeitgenossen haben wir Dich auch bei Deiner Arbeit im Gewerkschaftsrat der SPD schätzen gelernt. Nicht zuletzt dadurch hat sich das Verhältnis zwischen DGB und SPD trotz gelegentlicher Spannungen, die in der Natur der Sache liegen, durch konstruktive Zusammenarbeit ausgezeichnet.

Nicht unerwähnt bleiben darf, gerade mit Blick auf den Binnenmarkt, Dein Engagement im Europäischen Gewerkschaftsbund. Als dessen Präsident hast Du die internationale Zusammenarbeit vorangetrieben.

Ich wünsche Dir Gesundheit, alles Gute und bin sicher, daß wir weiter auf Dich bauen können.

Mit besten Grüßen

Dein

gez. Rudolf Dreßler

(-/17.8.1989/vo-he/rs)

• * *

Erste Schritte zur Energiewende

Zum Beschluß, den THTR in Hamm-Uentrop nicht mehr anfahren zu lassen

Von Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Der Beschluß der NRW-Landesregierung, den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop nicht mehr anfahren zu lassen, findet die volle Unterstützung der Sozialdemokraten im nordrhein-westfälischen Landtag. Ich hätte kein Verständnis dafür gehabt, wenn der THTR wieder in Betrieb genommen worden wäre, obwohl - auch nach Meinung der Reaktortechniker - neue Pannen nicht auszuschließen gewesen wären. Ein solches Risiko hätten wir der Bevölkerung nicht zumuten dürfen. Der jetzige Beschluß der Landesregierung bestätigt diese Auffassung.

Die ersten Kommentare aus Bonn zeigen, daß mittlerweile auch Forschungsminister Riesenhuber offensichtlich nicht mehr mit dem Kopf durch die Wand will. Was der Forschungsreaktor in Hamm-Uentrop beweisen sollte, hat er bewiesen. Jetzt kommt es darauf an, dieses wissenschaftliche Experiment anständig zu Ende zu bringen. Die Chance, am Beispiel des THTR zu beweisen, daß ein solches Großprojekt geordnet und sicher stillgelegt werden kann, muß auch im Interesse der Wirtschaft liegen.

Darüber hinaus ist der Hochtemperaturreaktor der erste Atommeiler, der in der von den Sozialdemokraten in Nürnberg formulierten Ausstiegsfrist stillgelegt wird. In Nordrhein-Westfalen beweisen wir, daß dies auch im Einvernehmen mit der Energiewirtschaft geschehen kann. Immer mehr verantwortliche Kräfte in der Industrie bekommen immer mehr Bedenken gegen die bisherige Kernenergiepolitik. Unsere Bedenken gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf werden mittlerweile von der Industrie geteilt. Und unsere These, daß der Schnelle Brüter in Kalkar nicht ans Netz gehen darf, weil er ein technologiepolitischer Irrtum und eine wirtschaftliche Fehlinvestition ist, hat im Laufe der Zeit immer mehr Anhänger gefunden.

Ich persönlich kann nur hoffen, daß die mit Wackersdorf, Kalkar und jetzt Hamm-Uentrop begonnenen ersten Schritte zur Energiewende den Durchbruch in der Energiepolitik einleiten.

(-/17.8.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Nie wieder Krieg - für den Frieden arbeiten

Wortlaut des DGB-Aufrufes zum Antikriegstag 1989

Am 1. September 1989 jährt sich zum 50. Mal der deutsche Überfall auf Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die Gewerkschaften mahnen deshalb, aus der furchtbaren Vergangenheit Lehren zu ziehen: Nie wieder Krieg! Schluß mit den bewaffneten Auseinandersetzungen in aller Welt! Wir rufen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, diesem Willen überall auf den Veranstaltungen des DGB zum Antikriegstag Ausdruck zu verleihen.

In Zukunft ohne Waffen...

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es mehr als 150 kriegerische Auseinandersetzungen gegeben, an deren Ende Millionen Tote blieben. Waffen wurden entwickelt, die ausreichen, um die ganze Welt zu vernichten. Waffen werden überall dorthin verkauft, wo Ungleichheit, Elend und Not regieren. Wir wollen keinen Rüstungsexport, sondern Hilfe für ein menschenwürdiges Leben geben!

...für Menschenrechte und Sicherheit

Wir nehmen für uns heute wie selbstverständlich das Recht auf freie Meinungsäußerung und soziale Sicherheit wahr. Der weit überwiegende Teil der Menschheit ist davon jedoch weit entfernt. In Diktaturen oder rassistischen Regimen werden Menschen gefoltert oder getötet, nur weil sie für ihre Rechte eintreten. Mit Waffengewalt werden Menschenwürde und der Ruf nach Gerechtigkeit unterdrückt. Wir wollen, daß alle Menschen - gleich welcher Hautfarbe, Nationalität oder Religion - in Frieden und Sicherheit leben können!

Aus der Vergangenheit lernen...

Im Zweiten Weltkrieg sind viele Millionen Menschen getötet oder verwundet worden. Städte und Länder wurden verwüstet. In Deutschland haben Machtgelüste, Rassenhaß und Nationalismus über die Menschlichkeit gesiegt. Blinder Gehorsam hat Eigenverantwortlichkeit verdrängt. Die Menschenwürde wurde mit Füßen getreten und zerstört. Wir wollen aus den Erfahrungen lernen und für die Zukunft Verantwortung tragen.

...die Welt gemeinsam gestalten

Jährlich werden 1.500 Milliarden DM für Waffen ausgegeben. In den weniger entwickelten Ländern werden Konflikte häufig mit Waffengewalt ausgetragen. Westliche und östliche Länder verdienen am Waffenexport. Dabei wird das Geld dringend für den Aufbau sozialer Strukturen benötigt, die den Menschen Nahrung, Unterkunft und Sicherheit geben. Wir wollen, daß gegen Hunger und Not gekämpft wird, nicht gegen Menschen!

Frieden ist nicht teilbar...

Wir müssen uns von dem Gedanken abwenden, daß wir unseren Frieden und unsere Sicherheit gegen andere errüsten können. Alle diejenigen müssen unterstützt werden, die sich für den Abbau der riesigen Rüstungspotentiale einsetzen. Wir wollen keine Atomwaffen mehr! Wir ächten die chemischen und biologischen Waffen, und wir brauchen weniger Soldaten und konventionelle Waffen!

...heute umdenken

Seither haben zumindest die europäischen Länder keinen Krieg mehr erleben müssen. Aber immer noch gibt es Rassenhaß, Ausländerfeindlichkeit und den Irrglauben, Waffen könnten den Frieden dauerhaft sichern. Wir wollen Kontakte ausbauen und keine kriegerischen Auseinandersetzungen vorbereiten!

Gegen Hunger und Not...

Unser Wissen reicht aus, um gegen vieles anzugehen, was heute die Menschheit bedroht. Wir müssen es einsetzen, um denen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, die bislang kaum Chancen haben. Wir brauchen unser Wissen, um unsere Welt für alle bewohnbar zu halten. Wir wollen gemeinsam gegen die Gefahren kämpfen, die uns von einer Zerstörung unserer Umwelt drohen!

...Frieden gibt es nur für alle

Statt dessen setzen wir uns für eine Völkerverständigung ein, die endlich zum Handeln führt: gegen Ungerechtigkeit, für die Menschenwürde und das Recht aller, ihr Leben in Frieden zu gestalten. Dies beginnt im eigenen Land. Glaubwürdigkeit mißt sich am alltäglichen Handeln. Wer ausländische Mitbürger diffamiert und bedroht, kann kein Partner für den Frieden sein. Wir brauchen Toleranz im eigenen Land und Völkerverständigung weltweit!

(-/17.8.1989/vo-he/rs)